

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 9038/39
Telefax: 886846 ppbn d
Telefax: 21 0664

Inhalt

Annemarie Renger MdB zur Wahl des ersten Deutschen Bundestages vor 40 Jahren: Die parlamentarischen Kontrollfunktionen stärken.

Seite 1

Manfred Opel MdB zum Erfordernis sofortiger Maßnahmen für diesen Lebensraum: Ein Plädoyer für die Rettung von Nord- und Ostsee. (Teil I)

Seite 3

Willi Kaiser MdL zur Notwendigkeit der Qualitätssicherung in der medizinischen Versorgung: „Barfußärzte“ müssen sich weiterbilden.

Seite 5

Gerhard Schmidt MdL zur Entwicklung auf der US-Air-Base ein Jahr nach der Flugschau-Katastrophe: Ramstein wird ausgebaut, die Übungen forciert.

Seite 6

44. Jahrgang / 154

14. August 1989

Die parlamentarischen Kontrollfunktionen stärken

Zur Wahl des ersten Deutschen Bundestages vor 40 Jahren

Von Annemarie Renger MdB
Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages

Vor vierzig Jahren hatten wir Bürger der Bundesrepublik Deutschland zum ersten Mal wieder Gelegenheit, in freier, gleicher und geheimer Wahl unsere politischen Repräsentanten für den Deutschen Bundestag zu wählen.

Mit dem Inkrafttreten des Grundgesetzes - wenige Monate zuvor - hatten wir uns eine demokratische Grundordnung gegeben, die den Ansprüchen eines modernen Staatswesens in vollem Umfang gewachsen ist.

Wichtiger jedoch als ein bloßes Vorhandensein eines funktionierenden verfassungsrechtlichen Rahmens ist es, daß die deutsche Bevölkerung dieses Grundgesetzes in allen seinen Teilen akzeptiert hat.

Durch die hohe Wahlbeteiligung im August 1949 wurde sichtbar, daß die auf dem Territorium unseres Staates lebenden Menschen zum Ausdruck bringen wollten, daß sie für die Möglichkeit der freien Wahl nur vier Jahre nach der bedingungslosen Kapitulation Dank ausdrücken wollten. Dank vor allen Dingen gegenüber denjenigen deutschen Politikern, die sich mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln dafür eingesetzt hatten, daß es den Deutschen nach der verheerenden militärischen und politischen Niederlage des Nazi-Unrechtsstaates wieder möglich sein mußte, in die Völkergemeinschaft aufgenommen zu werden.

Konrad Adenauer und Kurt Schumacher, der Wiederbegründer der deutschen Sozialdemokratie nach dem Zweiten Weltkrieg, standen - wenn auch mit unterschiedlichen Konzepten - für diesen politischen Willen.

Der Wahlausgang war für die Sozialdemokraten dankbar knapp - die bürgerliche Mehrheit unter der Führung von Adenauer konnte nur einen äußerst geringen Vorsprung erringen. Die SPD wurde die stärkste Oppositionspartei im Ersten Deutschen Bundestag.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mit zuzügl. Mwst und Versand.

Verleger: Umwelt
aus recycelten Rohstoffen
Recycling-Papier



Kurt Schumacher hat die Rolle von Regierung und Opposition im parlamentarischen System, wie es in der Bundesrepublik Deutschland Anwendung gefunden hatte, in seiner Erwiderung auf die erste Regierungserklärung von Adenauer treffend und bis heute gültig formuliert: „Das Wesen des Staates ist nicht die Regierung und das Wesen des Staates ist nicht die Opposition. Das Wesen des Staates ist die Regierung und die Opposition... Ihre Aufgabe ist die Begrenzung der Regierungsmacht und die Verhütung ihrer Totalherrschaft.“

In Erinnerung dieser Sätze ist heute festzuhalten, daß es einen breiten Konsens darüber gibt, daß der Regierung gegenüber dem Parlament, dem Deutschen Bundestag, zuviel Privilegien eingeräumt werden.

Hier wird es in Zukunft notwendig sein, ein Instrumentarium zu schaffen, um die parlamentarischen Kontrollfunktionen des Parlaments, insbesondere der parlamentarischen Opposition, zu stärken.

Die Diskussionen darüber, wie dies geschehen soll, lassen sich bis in den ersten Deutschen Bundestag zurückverfolgen. Es muß - das hat die politische Erfahrung gezeigt - ein permanenter Reflektionsprozeß über die Effektivität der politischen Arbeit des Parlaments in Gang gehalten werden. Es genügt nicht, alle Jahre wieder große Worte wie „Parlamentsreform“ etc. im Munde zu führen - es kommt auf die Alltagsarbeit an, um das parlamentarische Geschehen nach innen und nach außen transparenter und nachvollziehbarer zu gestalten.

Vor vierzig Jahren wurde dazu der tragfähig und auf mannigfache Weise einer Belastungsprobe unterzogene Grundstein gelegt. Vor vierzig Jahren ist mit einem - so erlaubt es die Rückschau zu sagen - alles in allem funktionierenden, effektiven und akzeptierten Parlamentarismus in Deutschland ein Anfang gemacht worden. Heute können wir mit Stolz und Zufriedenheit auf diese Institution zurückschauen.

Die parlamentarische Demokratie - so Carl Friedrich von Weizsäcker - sei eine der „intelligenteren Kulturerefindungen“ gewesen.

Dem kann ich nur zustimmen.

(-/14.8.1989/vo-he/rs)

Ein Plädoyer für die Rettung von Nord- und Ostsee (Teil I)

Zum Erfordernis sofortiger Maßnahmen für diesen Lebensraum

Von Manfred Opel MdB

Ich bin Abgeordneter des nördlichsten Wahlkreises der Bundesrepublik Deutschland (Nordfriesland/Dithmarschen-Nord). Sämtliche nordfriesische Inseln und Halligen gehören zu meinem Wahlkreis. Deren Bewohner leben buchstäblich in der Nordsee. Die rauhe Nordsee ist es daher auch, die ihre Lebensumstände maßgeblich bestimmt. Sie leben zu einem guten Teil von der Nordsee; vom Fremdenverkehr, vom Kurbetrieb, von Fischerei und von der Seefahrt. Aber auch die ruhigere Ostsee hat dominierenden Einfluß auf die Lebensqualität, auf Handeln und Wandel im Land an der Küste.

Diese Region ist ohnehin in vielfacher Weise benachteiligt. Sie hat geringere Wirtschaftskraft, mehr Arbeitslose, mehr Sozialhilfeempfänger und weniger gewerbliche Betriebe als der Rest der Republik. Zu allem Überfluß unterstützen wir im Norden noch mit unseren Steuern die Milliardensubventionen des Bundes für die ohnehin Reichen im Süden. Zum Dank kippt man uns massenweise Schad- und Giftstoffe direkt oder indirekt vor allem in die Nordsee.

Sollen die Menschen an den Küsten tatenlos zusehen, wenn so unsere Nordsee und Ostsee langsam aber sicher vergiftet und weiter belastet wird? Doch nicht nur die Küstenbewohner sind betroffen. Auch das Brathendl auf dem Oktoberfest, das mit Fischmehl gefüttert wurde, bekommt seinen Teil ab von der Schadstoffbelastung der Nordsee. Noch ist angeblich alles unbedenklich.

Seit 1950 aber werden die Sturmfluten mächtiger, steigt der Meeresspiegel mindestens doppelt so schnell als in den Jahrhunderten zuvor. Die Zeit drängt! Wie lange sollen wir noch warten? Bis zum nächsten Robbensterben? Bis die Fische ungenießbar werden? Bis zum nächsten Badeverbot?

Diese Bundesregierung tut nichts Entscheidendes zur Abwendung der drohenden Gefahren, obwohl wir Sozialdemokraten seit Jahren konstruktive Vorschläge gemacht haben. Diese Bundesregierung handelt nicht, obwohl sie in jedem Jahr von tausenden Mitbürgerinnen und Mitbürgern dringend darum gebeten wird. Wir in Schleswig-Holstein führen an der Küste in jedem Sommer eine große Unterschriftenaktion durch. Wir rufen auf zur Rettung unserer Nordsee, unserer Ostsee und unserer Flüsse.

Bedanken möchte ich mich deshalb ganz herzlich bei jenen 70.000 Mitbürgerinnen und Mitbürgern, die allein im letzten Jahr (1988) durch ihre Unterschrift zur Rettung der Nordsee aufrufen. Darunter waren viele Urlauber aus West- und Süddeutschland, die das gesunde Meiklima an der See schätzen. Sie haben sich alle mit uns solidarisch erklärt; mit uns an der Küste und mit den Forderungen der SPD und der Umwelt- und Naturschutzverbände. Die Rettung von Nord- und Ostsee ist also eine nationale Aufgabe; sie geht alle an. Das haben unterdessen viele Bundesbürger begriffen.

Was tat die Bundesregierung?

Bis heute hat der Bundesumweltminister nicht auf die Vorlage der 70.000 Unterschriften geantwortet. Er hat lediglich einen Zehn-Punkte-Katalog vorgelegt, der im wesentlichen aus Absichtserklärungen und halbherzigen, zweitrangigen Maßnahmen besteht. In seinem Etat ist kein einziger Pfennig zugunsten eines direkten Nordsee- oder Ostseeschutzes zu finden. Lediglich für „ökologische Meeresforschung“ werden „in den nächsten Jahren“ einige Alibi-Millionen ausgegeben. Ein kleines bißchen Meeresökologie-Forschung, nur um Zeit zu gewinnen, brauchen wir nicht. Wir brauchen entschlossenes und massives Handeln. Und: Wir können heute schon handeln, da wir genau wissen, was zu tun ist. Wir müssen allerdings begleitend groß angelegte Forschungsprogramme interdisziplinär auflegen. Wir müssen die völlig zersplitterten Forschungskapazitäten konzentrieren und vor allem wesentlich besser finanziell ausstatten. Diese Forschungsprogramme dienen dem zukünftigen

Handeln. Sie müssen Umweltschutz, Naturschutz und Küstenschutz wissenschaftlich zusammenführen. Dabei ist besonders nachteilig, daß es kein zentrales Forschungsinstitut zur Erforschung von Nord- und Ostsee an der Küste gibt. Die Bundesregierung kleckert, wo Klotzen erforderlich wäre und sie zögert, wo Zupacken dringend notwendig ist.

Wie ist die Lage?

Nach wie vor werden über Flüsse, durch die Luft und direkt massenhaft Gifte, Nährstoffe und Schadstoffe in die Nordsee eingeleitet; immer mit Duldung und Genehmigung der Bundesregierung. Die Auflagen sind lasch, die Verbote wenig wirkungsvoll.

Allein die Nordsee muß jährlich nach wie vor

- Tausend Tonnen Schwermetalle (darunter das hochgiftige Quecksilber)
- Millionen Tonnen Klärschlamm, der teilweise hochbelastet ist,
- Millionen Tonnen Gifte und Nährstoffe (Stickstoffverbindungen),
- mehr als hunderttausend Tonnen Öl und Ölrückstände und andere Schadstoffe

aufnehmen. Allein 1988 wurden 55.000 Tonnen hochgiftigen Mülls auf der Nordsee verbrannt. Der giftige schwarze Rauch landet spätestens mit dem nächsten Regen wieder in der Nord- und Ostsee. Die Nordsee und die Ostsee können nicht schreien, nicht um Hilfe rufen, nicht anklagen. Das müssen wir für sie tun - und das werden wir für sie tun! Wir, die Bürgerinnen und Bürger, müssen uns wehren im Namen unserer Nordsee und unserer Ostsee.

Die Nordsee ist ein Erholungsträger allerersten Ranges. Wer je den heilklimatischen Wert eines Nordseeaufenthaltes erlebt hat, wird diese Heilquelle der Natur nicht mehr missen wollen. Ähnliches gilt für die Ostsee, deren Wasser sich wesentlich langsamer regenerieren kann als das der Nordsee. Ihre Funktion als Brücke nach Skandinavien und zu den osteuropäischen Staaten ist für uns alle von großer Bedeutung. Das Wattenmeer ist ein einmaliger Großlebensraum. Es ist die Kinderstube der Fische und die Heimat vieler Tiere und Pflanzenarten. Die Küste ist aber auch der Knotenpunkt, Rast- und Erholungsplatz der interkontinentalen Zugvogelrouten (Asien, Europa, Afrika). Die Nord- und Ostsee bieten mit ihrer Vielfalt an Landschaft und Kreatur ein einmaliges nationales Naturwunder, das es unbeschädigt zu erhalten gilt. Darüber hinaus bietet die See Millionen von Menschen die wirtschaftliche Existenz.

Wir müssen rasch handeln. Wir müssen durch eine nationale Kraftanstrengung in Form eines konkreten Programms sinnvolle und entscheidende Verbesserungen erzielen. Deshalb brauchen wir sofort ein Nationales Notprogramm zur Rettung von Nord- und Ostsee einschließlich Natur- und Küstenschutz.

Dieses Programm muß im wesentlichen aus fünf Elementen bestehen:

1. Strenge Verbote und Gebote, die intensiv kontrolliert werden. Sie richten sich an die Verursacher von Belastungen und Schäden.
2. Prämien für besonders umweltfreundliches Verhalten.
3. Erleichterungen für die besonders rasche Umstellung auf umweltfreundliches Verhalten.
3. Beseitigung der Altlasten.
5. Interdisziplinäres Großforschungsprogramm für Umweltschutz (einschließlich Meeresökologie), Naturschutz und Küstenschutz.
(-/14.8.1989/vo-he/rs)

(Den zweiten Teil und Schluß veröffentlichen wir in unserer morgigen-Ausgaben)

* * *

„Barfußärzte“ müssen sich weiterbilden

Zur Notwendigkeit der Qualitätssicherung in der medizinischen Versorgung

Von Willi Kaiser MdL

Sozialpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag

In der medizinischen Versorgung der Bevölkerung ist eine Qualitätssicherung erforderlich. Vor allem ist eine qualifizierte Weiterbildung für alle Ärzte notwendig, die ihren Beruf in eigener Verantwortung ausüben sollen. Für sich niederlassende Ärztinnen und Ärzte kann auf Dauer nicht hingenommen werden, daß wegen halberziger Reform der Approbationsordnung mit der Schaffung des „Arzt im Praktikum“ zwei Klassen von Ärzten geschaffen werden: der ausreichend ausgebildete spezialisierte Gebietsarzt und der „Barfußarzt“, der nach seiner Approbation Anforderungen der Basisversorgung nicht gerecht wird.

Das Medizinstudium ist so zu gestalten, daß eine breite Basis theoretischer Kenntnisse ebenso vermittelt wird wie erste praktische Erfahrungen. Die starre Trennung von vorklinischer, naturwissenschaftlicher und der sich erst daran anschließenden Ausbildung am Krankenbett muß unterbunden werden.

Bemühungen, die in der ambulanten ärztlichen Versorgung durch die Kassenärztlichen Vereinigungen der Länder in Gang gesetzt wurden, müssen ausgebaut werden. Standards, zum Beispiel für die Labor-, Röntgen- und Ultraschall Diagnostik sowie andere technisch gestützte Verfahren, für die der einzelne Arzt seine Qualifikation nachweisen muß, sind zu definieren. Dies gilt genauso für den stationären Bereich. Die dort vom Sachverständigenrat für die konzertierte Aktion beklagten Unzulänglichkeiten bei der Realisierung von Qualitätssicherungsmaßnahmen müssen schnellstmöglich beseitigt werden. Kontrollen, gegebenenfalls verbunden mit Sanktionen, sind ebenso notwendig wie die ständige Überprüfung der Qualitätsstandards durch Auswertung einer ausreichenden Zahl von Behandlungsfällen.

Was in der EG-Richtlinie „Allgemeinmedizin“ als notwendig erkannt wurde, muß auch für die ambulante ärztliche Versorgung in der Bundesrepublik gelten. Das Zusammenspiel qualifizierter Aus- und Weiterbildung sowie ständige Überprüfung der angewandten Diagnose- und Therapieverfahren gewährleisten allein gute Qualität ärztlicher Versorgung. Dieses, aus humanitären Gründen anzustrebende Ziel rechtfertigt den hohen Preis, den das Gesundheitswesen in einem hochentwickelten Industrieland wie der Bundesrepublik ihn erfordert.

(-/14.8.1989/vo-he/rs)

Ramstein wird ausgebaut, die Übungen forciert

Zur Entwicklung auf der US-Air-Base ein Jahr nach der Flugschau-Katastrophe

Von Gerhard Schmidt MdL

Die Art und Weise, wie die US-Luftstreitkräfte den Jahrestag der Katastrophe von Ramstein begleiten, ist für jeden Betroffenen und die Westpfalz eine kaum zu überbietende Zumutung.

Während Bürgerinitiativen, Parteien, Kirchen, Gewerkschaften, Landesregierung und Gemeinden mit Gedenkgottesdiensten, Protestmärschen, Mahnwachen, Anhörungen und anderen Veranstaltungen der Toten, Verletzten und Hinterbliebenen gedenken und davor warnen, jemals wieder einen Flugtag in Ramstein stattfinden zu lassen sowie die gefährlichen Flugübungen über den Ortschaften einzustellen, ist jetzt bekannt geworden, was die US-Luftwaffe ab Monatsmitte plant. Am 15. August wird nach dreimonatigen Reparaturarbeiten die Start- und Landebahn wieder in Betrieb genommen. Ab 29. August werden für einen Monat 24 zusätzliche F 16-Maschinen der 70. Taktischen Jagdstaffel vom Luftwaffenstützpunkt Moody in Georgia nach Ramstein verlegt. Die Staffel beteiligt sich an der kurz nach Eröffnung der Startbahn stattfindenden Übung „Crested Cap 89“. Bereits in den letzten Tagen flogen oft bis in die Abendstunden hinein, mit ohrenbetäubendem Donner und in konzentrierten Wellen, Flugzeuge der Alliierten über die westpfälzischen Ortschaften.

Die Dramaturgie der Militärs zum Zeitpunkt des Jahrestages der Katastrophe von Ramstein zeigt, daß die Verantwortlichen rücksichtslos über die Gefühle von Betroffenen hinweggehen, so daß einem vor den eigenen Beschützern angst und bange werden kann.

Offenbar haben verantwortliche Politiker und Militärs noch nicht begriffen, daß die Bürger nicht nur den krankmachenden Lärm nicht wollen, sondern auch berechtigte Ängste entwickeln, wenn Tag für Tag über ihren Köpfen riskante Flugmanöver erfolgen.

Die US-Streitkräfte haben offenbar vergessen, daß Ramstein 1988 ihr Flugtag war, und daß auf ihrer Air-Base 70 Menschen getötet und hunderte verletzt wurden. (-/14.8.1989/vo-he/rs)